

185116-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Sanierung Luise-Klinsmann-Haus (VHS Lübeck) - Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-9

OJ S 53/2026 17/03/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH Sanierungsträger der Hansestadt Lübeck

E-Mail: t.moeller@trave.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung Luise-Klinsmann-Haus (VHS Lübeck) - Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-9

Beschreibung: Das sogenannte "Luise-Klinsmann-Haus" wurde in den Jahren 1963-1965 nach Entwurf des Architekten Ernst Blunck als Volkshochschule errichtet und dient seitdem als zentraler Bildungsstandort in der Lübecker Innenstadt. Das Gebäude mit einer BGF von 1.776 m² ist als qualitätsvoller Vertreter der Nachkriegsmoderne einzuordnen und steht vollständig unter Denkmalschutz. Neben der architektonischen Gesamtstruktur sind insbesondere gestalterische und künstlerische Elemente erhaltenswert, darunter das großformatige Bronzerelief "Allegorie der Natur- und Geisteswissenschaften" von Georg Weiland über dem Eingangsbereich. Es handelt sich um einen Skelettbau mit dreigeschossiger Rasterfassade und seitlich betonter Eingangsachse mit verglastem Treppenhaus. Die Rückfront ist in Ziegel verblendet; rückseitig befindet sich ein auf vier Trägern aufgehängter, vorspringender Anbau mit Vortragssaal. Darunter liegt ein zum Schulungsraum ausgebauter Kellerbereich mit konstruktiv sichtbarem Gerüst aus Fertigbetonrippen und verlorenen Schalungskassetten. Im Inneren prägen ein zentrales Treppenhaus mit filigranem Metallgeländer, dunkle Terrazzo-Beläge, bauzeitliche Holztüren sowie farbige Gestaltungsreste der 1960er Jahre das Erscheinungsbild. In den 1990er- und 2000er-Jahren erfolgten teilweise Überformungen, unter anderem durch Modernisierungen des Eingangsbereichs, Veränderungen der Binnenstruktur, akustische Abhangdecken sowie Anpassungen im Vortragssaal. Restauratorische Untersuchungen der historischen Farb- und Materialfassungen sind erforderlich. Trotz der hohen baukulturellen Qualität bestehen erhebliche bauliche, technische und brandschutzrelevante Defizite, die die Nutzung der Volkshochschule derzeit einschränken. Neben außer Betrieb befindlichen Sanitäranlagen infolge eines Wasserschadens sind insbesondere Defizite im baulichen und anlagentechnischen Brandschutz, das Fehlen eines zweiten baulichen Rettungsweges, die brandschutzbedingte Reduzierung der Personenzahl im Vortragssaal sowie die fehlende Barrierefreiheit zu nennen. Die elektrischen Anlagen

wurden zuletzt lediglich provisorisch ertüchtigt. Zudem besteht Sanierungsbedarf bei der Trinkwasserinstallation, der Heizungsanlage, der Fassade sowie im Bereich der Dachkonstruktion über dem Vortragssaal.

Kennung des Verfahrens: 12a0e83c-aa07-4177-b466-8c098c2cf405

Interne Kennung: 5416.04 SS

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Leistungsbeginn: unmittelbar nach Beauftragung Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch über das bekanntgegebene Vergabeportal einzureichen: - ausgefüllter Bewerberbogen, - Vordruck 1A: Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen; - Vordruck 1B: Eigenerklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen / zur Zusammenarbeit und Angaben zur Leistungsbereitstellung im Falle einer Unterbeauftragung; - Vordruck 1C: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes; - Vordruck 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz; - Vordruck 1E: Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben; - Vordruck 1F: Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket; - Vordruck 1G: Eigenerklärung zu einer verkürzten Angebotsfrist; - Vordruck 1H: Vollmacht der vertretungsberechtigten Person im Falle einer Bewerbergemeinschaft; - Vordruck 1I: Angaben zu Auftragsteilen in der Bewerbergemeinschaft; - Vordruck 1J: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften; - Vordruck 2A: Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung und über die Erhöhung im Auftragsfall; - Vordruck 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers; - Vordruck 2C: Erklärung über die Beschäftigtenanzahl; - Vordruck 2D: Berufliche Qualifikation des für die Erbringung der Leistung Verantwortlichen (Kopie); - Vordruck 2E: Berufliche Qualifikation der vorgesehenen Gesamtprojektleitung (Kopie); - Vordruck 2F: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten; - Vordruck 3A1/3A2: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für die Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI. Näheres siehe Auswahlbogen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 225 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4Y9VM03P# Im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde mit dem 5. EU-Sanktionspaket am 8. April 2022 ein Zuschlags- und Erfüllungsverbot für öffentliche Aufträge oberhalb der EU-Schwellenwerte eingeführt (Art. 5k der Verordnung (EU) 833/2014). Seit dem 9. April 2022 ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an folgende Personen oder Organisationen zu vergeben oder mit diesen zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige bzw. in Russland niedergelassene Organisationen, b) Organisationen mit über 50 % russischer Beteiligung, c) Akteure, die im Namen oder auf Anweisung der unter a) oder b) genannten handeln,

einschließlich relevanter Unterauftragnehmer und Lieferanten. Das Verbot gilt für alle Aufträge gemäß den EU-Vergaberichtlinien. Bieter müssen das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe per Eigenerklärung im Teilnahmeantrage nachweisen. Bewerber, die fristgerecht einen vollständigen Teilnahmeantrag einreichen und die formellen Mindestanforderungen erfüllen, werden zur Bewertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt aus den Bewerbern, welche die wirtschaftlichen, beruflichen und technischen Mindestanforderungen erfüllen und nicht ausgeschlossen wurden, und fordert sie zur Abgabe eines Angebots auf. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 10 Jahre (Stichtag 01.01.2016) abgeschlossen worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbares Leistungsbild (0-4 Punkte) und vergleichbare Bauaufgabe (0-5 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Die Darstellung der Referenzen muss im Format DIN A3 gut erkennbar sein. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Zur Bewertung der Referenzprojekte müssen die relevanten Projektparameter vollständig benannt und in den vorgegebenen Formularen des Bewerbungsbogens dokumentiert werden. Referenzen können von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft oder von Unterauftragnehmern stammen. Projektleiterreferenzen sind nur zulässig, wenn das benannte Team im Auftragsfall in Gänze verfügbar ist. Die formalen und inhaltlichen Anforderungen sind in der Anlage "Auswahlkriterien" geregelt. Nur vollständig ausgefüllte und unterschriebene Bewerbungen mit allen geforderten Nachweisen (aktuell, gültig, max. 12 Monate alt) werden berücksichtigt. Bewerbungen per E-Mail sind ausgeschlossen; die Frist ist verbindlich. Bei gleichwertigen Bewerbungen und Überzeichnung behält sich der Auftraggeber ein Losverfahren gemäß § 75 Abs. 6 VgV vor. Ausländische Nachweise werden anerkannt, wenn sie rechtskonform im Herkunftsland erstellt wurden und in mind. einfacher, deutscher Übersetzung vorliegen. Die bereitgestellten Unterlagen sind verbindlich und zwingend zu beachten. Die Vergabestelle prüft alle Bewerbungen bzw. Angebote. Fehlende Unterlagen können innerhalb einer Nachfrist (i. d. R. 6 Kalendertage) nachgefordert werden. Erfolgt keine fristgerechte Nachreichung, kann dies zum Ausschluss führen. Bietergemeinschaften sind zugelassen, sofern alle Mitglieder gesamtschuldnerisch haften und ein bevollmächtigter Ansprechpartner benannt wird. Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch über das angegebene Vergabeportal einzureichen. Die Angebotsaufforderung erfolgt in der Regel ca. 3 Wochen nach Ablauf der Einreichfrist und wird ausschließlich über das Vergabeportal versendet. Auch die Angebotsabgabe erfolgt ausschließlich über dieses Portal. Es ist beabsichtigt die Frist für die Einreichung der Erstangebote, im Einvernehmen mit den Bewerbern auf 15 Tage zu verkürzen (vgl. § 17 (7) VgV). Eine Einverständniserklärung erfolgt über den Vordruck 1G. Hinweis: Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag ohne Verhandlungen auf Basis der ursprünglichen Angebote zu erteilen (§ 17 Abs. 11 VgV). Verhandlungsgespräche, sofern vorgesehen, dauern je Bieter ca. eine Stunde und finden persönlich oder digital statt. Bewertung der Angebote: Zuschlagskriterien gemäß Bekanntmachung. Beste Leistung pro Qualitätskriterium = 5 Punkte; Negative Abweichungen führen zu entsprechend niedrigeren Punktzahlen (nur ganze Punkte). Honorarangebote werden linear interpoliert (2 Nachkommastellen); bestes Angebot = 5 Punkte, Angebote ab dem doppelten Preis = 0 Punkte. Zuschlag an das wirtschaftlichste Angebot mit höchster Gesamtpunktzahl (§ 58 VgV). Bei Punktgleichheit entscheidet zunächst der Preis und bei bestehender Punktgleichheit das Los durch ein unabhängiges Gremium. Fragen zum Verfahren sind ausschließlich über das Vergabeportal zu stellen. Anfragen per Telefon oder E-Mail werden nicht berücksichtigt. Antworten erfolgen anonymisiert über das Portal. Registrierte Nutzer erhalten Benachrichtigungen über neue Informationen. Kontaktdaten im Teilnahmeantrag gelten bis Verfahrensende. Änderungen sind umgehend mitzuteilen; die auf der Plattform hinterlegte E-Mail-Adresse muss aktuell sein.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung Luise-Klinsmann-Haus (VHS Lübeck) - Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI, ALG 1-9

Beschreibung: Aufgabenstellung / Ziel: Im Rahmen der geplanten baulichen Maßnahmen ist eine umfassende Überarbeitung der technischen Gebäudeausrüstung vorzusehen.

Gegenstand der Planung ist zunächst die Überarbeitung und Reaktivierung der bestehenden, teilweise stillgelegten WC-Anlagen im Untergeschoss sowie im 1. Obergeschoss, 2.

Obergeschoss und im Dachgeschoss. In diesem Zusammenhang ist eine vollständige

Sanierung der technischen Ver- und Entsorgungsleitungen für Trinkwasser und

Schmutzwasser ab dem Hausanschluss vorgesehen. Die bestehende Wärmeversorgung des Gebäudes, derzeit bestehend aus einer Therme und einem Ölkessel, ist im Zuge der Planung

durch eine neue, energetisch sinnvolle und zukunftsfähige Versorgung zu ersetzen. In diesem Zusammenhang ist eine umfassende Untersuchung möglicher und geeigneter

Wärmeversorgungssysteme durchzuführen und eine wirtschaftlich sowie technisch

nachhaltige Lösung zu erarbeiten. Darüber hinaus ist im Zuge der Maßnahmen ein Austausch der vorhandenen Heizkörper erforderlich. Die vorhandenen Lüftungsanlagen sind unter

Berücksichtigung der Anforderungen der jeweils geltenden Versammlungsstättenrichtlinie zu

überprüfen und gegebenenfalls anzupassen, beziehungsweise entsprechend den Vorgaben neu zu planen und umzusetzen. Weiterhin ist zu prüfen, in welchem Umfang die elektrischen Anlagen im Zuge der im Jahr 2017 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen erneuert wurden und ob diese im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen ausreichend dimensioniert und funktionsfähig sind. Im Bereich der Löschwasserversorgung ist festzustellen, dass die bestehende Löschwasserleitung derzeit über die Trinkwasserleitung geführt wird. Hier ist eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Situation vorzunehmen sowie eine planerische Lösung zur normgerechten Trennung der Leitungen zu entwickeln. Zusätzlich ist die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit einer Photovoltaikanlage zu prüfen und, sofern erforderlich, eine entsprechende Planung zu erarbeiten. Die vorhandene Einbruchmeldeanlage ist ebenfalls zu überprüfen und bei Bedarf zu erweitern. Die Planung und Ausführung erfordert eine besonders enge und kontinuierliche Abstimmung mit der Denkmalpflege, den Genehmigungsbehörden, der Feuerwehr, dem Objektplaner sowie ggf. weiteren Fachplanern und dem Nutzer. Erwartet wird eine architektonisch sensible Lösung, die die Qualitäten des Nachkriegsbaus und seiner Innenraumgestaltung wahrt, Eingriffe nachvollziehbar und substanzschonend entwickelt und zugleich die bauordnungsrechtlichen Anforderungen an Sicherheit, Nutzung und Nachhaltigkeit erfüllt. Die geschätzten Kosten für die KG 400 betragen 655.462,00 Euro (netto). Davon entfallen ca. 332.974,00 Euro (netto) auf die ALG 1-3, 7 und 8 sowie ca. 263.496,00 Euro (netto) auf die ALG 4+5. Die zu vergebenden Planungsleistungen umfassen die Grundleistungen der Technischen Ausrüstung gemäß § 53 HOAI in Verbindung mit Anlage 15.1 HOAI. Gegenstand der Beauftragung sind sämtliche zur werkvertraglichen und vollständigen Erfüllung der Planungsaufgabe erforderlichen Grundleistungen, insbesondere: - Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 1-3 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI; - Leistungsstufe 2: Leistungsphase 4 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Leistungsstufe 3: Leistungsphase 5 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Leistungsstufe 4: Leistungsphasen 6-7 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Leistungsstufe 5: Leistungsphasen 8-9 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Erstellung einer technischen Bestandsaufnahme der bestehenden technischen Gebäudeausstattung als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Erstellen des technischen Teils eines Raumbuches (LPH 2) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Mitwirkung bei einer vertieften Kostenberechnung (LPH 3) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Fortschreiben des Raumbuchs (technischer Teil) in der Leistungsphase 3 als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Erarbeitung der Wartungsplanung und -organisation (LPH 6) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Ausschreibung von Wartungsleistungen (LPH 6) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Prüfen und Werten von Nebenangeboten (LPH 7) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Fortschreibung der Ausführungsplanung/-pläne bis zum Bestand (LPH 8) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist (LPH 9) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Weitere besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG. Ein Anspruch auf Beauftragung der Leistungsstufen 2-5 besteht erst mit schriftlicher Beauftragung durch den Auftraggeber. - Die Planungsleistungen sind in enger, kontinuierlicher und nachvollziehbar dokumentierter Abstimmung mit der zuständigen Denkmalpflege zu erbringen. - Das Brandschutzkonzept ist vollständig und integrativ in die Planung einzuarbeiten. Die Beauftragung ist für das 2. Quartal 2026 geplant. Der Beginn der Leistung erfolgt mit Auftragserteilung. Ein Abschluss der LPH 3 ist für November 2026 vorgesehen, die geplante Fertigstellung der Gesamtmaßnahme für

2029. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Büros ein Vertragsentwurf zur Verfügung gestellt. Hinweis: Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag ohne Verhandlungen auf Basis der ursprünglichen Angebote zu erteilen (§ 17 Abs. 11 VgV). Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH aus Hamburg unterstützen und beratend begleiten.

Interne Kennung: 5416.04 SS

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: - Leistungsstufe 2: Leistungsphase 4 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Leistungsstufe 3: Leistungsphase 5 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Leistungsstufe 4: Leistungsphasen 6-7 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Leistungsstufe 5: Leistungsphasen 8-9 der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung des AG; - Erstellung einer technischen Bestandsaufnahme der bestehenden technischen Gebäudeausstattung als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Erstellen des technischen Teils eines Raumbuches (LPH 2) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Mitwirkung bei einer vertieften Kostenberechnung (LPH 3) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Fortschreiben des Raumbuchs (technischer Teil) in der Leistungsphase 3 als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Erarbeitung der Wartungsplanung und -organisation (LPH 6) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Ausschreibung von Wartungsleistungen (LPH 6) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Prüfen und Werten von Nebenangeboten (LPH 7) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Fortschreibung der Ausführungsplanung/-pläne bis zum Bestand (LPH 8) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist (LPH 9) als optionale besondere Leistung durch Bestimmung des AG; - Weitere besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 60 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2A: Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung und über die Erhöhung im Auftragsfall: Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden (jeweils 2-fach maximiert) und über die Erhöhung im Auftragsfall auf mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden (2-fach maximiert) und auf mind. 1,0 Mio. Euro für sonstige Schäden (2-fach maximiert).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers:

Durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI für die letzten 3 zusammenhängenden, abgerechneten Geschäftsjahre von mind. 0,15 Mio. Euro (netto) für die ALG 1-3, 7 und 8 und mind. 0,1 Mio. Euro (netto) für die ALG 4+5.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2C: Erklärung über die Beschäftigtenanzahl:

Eigenerklärung über ein jährliches Mittel von jeweils mind. 2 der fachlich geeigneten festangestellten Mitarbeiter (Ingenieure bzw. Absolventen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung oder staatlich geprüfte Techniker) für die ALG 1-3, 7 und 8 sowie für die ALG 4+5 für die letzten 3 zusammenhängenden Geschäftsjahre inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2D: Eigenerklärung über die berufliche Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: Berufliche Qualifikation (Ingenieur/-in) des für die Erbringung der Leistung Verantwortlichen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI (Nachweis durch Abschlusszeugnis).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2E: Eigenerklärung über die berufliche Qualifikation der vorgesehenen Gesamtprojektleitung: Berufliche Qualifikation der vorgesehenen

Gesamtprojektleitung (abgeschlossenes Studium für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung oder staatlich geprüfter Techniker) für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung gem. §§ 53 HOAI (Nachweis durch Studiennachweis).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 2F: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten: Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern oder Erfahrung mit öffentlich geförderten Maßnahmen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachlicher Wert

Beschreibung: Bewertungsmerkmale siehe Dokument Zuschlagsmatrix

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Bewertungsmerkmale siehe Dokument Zuschlagsmatrix

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Kommunikation und Ausführungszeitraum

Beschreibung: Bewertungsmerkmale siehe Dokument Zuschlagsmatrix

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis/Honorar

Beschreibung: Bewertungsmerkmale siehe Dokument Zuschlagsmatrix

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9VM03P/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9VM03P>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9VM03P>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/04/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 (2) VgV kann die Vergabestelle fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachfordern. Weiterhin behält sich die Vergabestelle vor, keine Unterlagen nachzufordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss vom weiteren Verfahren.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Noch nicht bekannt

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB

unzulässig, soweit 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH Sanierungsträger der Hansestadt Lübeck

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH Sanierungsträger der Hansestadt Lübeck

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH Sanierungsträger der Hansestadt Lübeck

Registrierungsnummer: ID 04011000906XPS100-74

Postanschrift: Falkenstraße 11

Stadt: Lübeck

Postleitzahl: 23564

Land, Gliederung (NUTS): Lübeck, Kreisfreie Stadt (DEF03)

Land: Deutschland

E-Mail: t.moeller@trave.de

Telefon: 0451-79966-309

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: D&K drost consult GmbH

Registrierungsnummer: HRB106860

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20459

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Bereich Vergabe

E-Mail: vergabe@drost-consult.de

Telefon: +49 403609840

Internetadresse: <https://drost-consult.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Schleswig-Holstein im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Registrierungsnummer: 307e924e-3110-4b43-8868-b8e8e275201b

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Stadt: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land, Gliederung (NUTS): Kiel, Kreisfreie Stadt (DEF02)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Telefon: 0431 988-4542

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d976e9a8-03b0-4b5f-92a4-cfb89a8f9726 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/03/2026 16:34:58 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 185116-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 53/2026

Datum der Veröffentlichung: 17/03/2026